

# **Landesjugendhilfeausschuss Mecklenburg-Vorpommern**

## **Protokoll**

**der 5. Sitzung des 5. Landesjugendhilfeausschusses (LJHA) am 13.09.2007**

**Ort:** Bischof Theissing-Haus, Teterow

**Beginn:** 09.30 Uhr

**Ende:** 14.00 Uhr

**Leitung :** Herr Heibrock, Vorsitzender

**Protokoll:** Frau Klose, LAGuS M-V, Abt. Jugend und Familie/  
Landesjugendamt

### **Anwesenheit:**

Die Anwesenheitsliste der 5. Sitzung wird als Anlage dem Protokoll beigelegt.

## **TOP 1 Begrüßung und Feststellung der Beschlussfähigkeit**

Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung mit der Begrüßung der Anwesenden und stellt fest, ob die Beschlussfähigkeit gegeben ist (anwesend sind 12 von 15 stimmberechtigten Mitgliedern / Stellvertreter/innen). Die Beschlussfähigkeit des 5. Landesjugendhilfeausschusses ist somit gegeben.

## **TOP 2 Bestätigung der Tagesordnung**

Der Vorsitzende gibt einen Überblick zu den geplanten Tagesordnungspunkten der Sitzung. Die Tagesordnung wird bestätigt.

## **TOP 3 Protokoll- und Beschlusskontrolle der 4. Sitzung des 5. LJHA**

Herr Freese bittet im Protokoll der 4. Sitzung unter Punkt 8.4 in Satz 3 die Streichung von *...und Kindertagesbetreuung...* vorzunehmen. Das Protokoll wird mit Änderung bestätigt.

Die Beschlusskontrolle der 4. Sitzung wird bestätigt.

TOP 5 wird vorgezogen, da Herr Dr. Litten noch nicht anwesend ist.

## **TOP 5 Kinder- und Jugendprogramm M-V - Umsetzungsstand**

Der Vorsitzende begrüßt Frau Schmidt vom Ministerium für Soziales und Gesundheit Mecklenburg-Vorpommern, Abteilung 2, weist auf den Auftrag zur Novellierung des Kinder- und Jugendprogramms zur Mitte der Legislaturperiode bzw. auf die Erarbeitung eines neuen Programms hin und bittet Frau Schmidt über die bisherige Umsetzung des Programms zu berichten.

Frau Schmidt erinnert daran, dass die Umsetzung des Programms im Koalitionsvertrag fixiert sei. Somit seien dort viele Programmpunkte eingeflossen, was auch als eine Gewähr für die Umsetzung zu betrachten sei.

Ab dem 01.10.07 wird der Arbeitsbereich mit Aufgabenschwerpunkt Kinder- und Jugendprogramm um 1 Personalstelle aufgestockt. Auch erfolgt eine gute Abstimmung zwischen den Ressorts. Die strukturelle Veränderung, die Ansiedlung der Bildung in Kindertagesstätten beim Ministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur Mecklenburg-Vorpommern, sei ebenfalls erfolgt.

Zur Eingliederung benachteiligter Jugendlicher in den Arbeitsmarkt wurde ausgeführt, dass zum 01.08.07 zur Umsetzung ein neues Referat unter Leitung von Herrn Wergin eingerichtet wurde. Dadurch werden engere Abstimmungsprozesse ermöglicht.

Der Maßnahmenkatalog des Programms sei in den einzelnen Ressorts ständig präsent, seine Umsetzung ist ständiger Auftrag.

Folgende Programmpunkte werden gesondert erwähnt:

Es wird um den verstärkten Einsatz der Familientrainer im Land geworben. Eine Liste der Trainer in Mecklenburg-Vorpommern wird dem Protokoll als Anlage 3b beigelegt.

Weitere familienpolitische Unterstützungsangebote sind im Internet auf der Homepage [www.familienbotschaft-mv.de](http://www.familienbotschaft-mv.de) zu finden.

Früherkennung und Frühprävention werden als wichtig eingeschätzt. Dazu müssen die Akteure in diesem Bereich noch besser miteinander verbunden werden. Um dies zu erreichen wurde auch eine übergreifende Arbeitsgruppe gebildet.

Der Diskussionsbeginn zum neuen Kinder –und Jugendprogramm ist ab Januar 2008 vorgesehen. Dabei ist eine stärkere Ausrichtung auf Jugendsozialarbeit und Jugendhilfe, bedingt durch den sich abzeichnenden höheren Bedarf, geplant.

Auf Nachfrage zum Erarbeitungsstand der neuen Förderrichtlinie für Familienzentren erklärt Frau Schmidt, dass sich der Entwurf in ihrem Haus noch bei der Diskussion befinde.

Herr Freese verweist auf Kinderschutzaktivitäten und die in diesem Zusammenhang zu führenden Gespräche zur geplanten Umsetzung einer Kinderschutzhotline.

Zur Ausweitung der U8/U9-Untersuchungen wird darauf hingewiesen, dass die dafür erforderliche personelle Aufstockung momentan nicht gegeben sei und ebenfalls inhaltliche Gespräche erforderlich sind.

Frau Schmidt erklärt, dass zum Jahresende eine Bestandsaufnahme zur Umsetzung des Kinder- und Jugendprogramms erfolgt.

Der Vorsitzende begrüßt die personelle Verstärkung zur Programmumsetzung. Er erklärt, dass einzelne Programmpunkte und deren Umsetzung noch herausgearbeitet werden müssten. Auch wird zu einer frühzeitigen Beteiligung des Landesjugendhilfeausschusses bei der Novellierung aufgefordert. Zum Freiwilligen Sozialen Jahr sollte eine Verständigung stattfinden. Es wird vorgeschlagen zur nächsten Sitzung den Sozialminister zum Gespräch über die Umsetzung der familienpolitischen Ziele einzuladen.

#### **TOP 4      Demokratie und Toleranz - Sachstand**

Herr Dr. Litten, informiert zur Umsetzung des Landesprogramms „Demokratie und Toleranz – gemeinsam stärken“ sowie zur Einrichtung von Regionalzentren. Die Regierungsparteien haben sich in der Koalitionsvereinbarung M-V zur Umsetzung des Programms verpflichtet.

Wichtiges Ziel ist hierbei, die Zivilgesellschaft im Dialog mit vorhandenen Strukturen aufzubauen und zu fördern. Eine kritische Begleitung mit Anregungen und Gesprächen mit Praktikern ist hierbei gewünscht.

Als vordergründige Zielgruppe des Landesprogramms wird die Jugend gesehen.

Es wurde eine interministerielle Arbeitsgruppe unter Leitung von Herrn Dr. Litten zur Bündelung und Koordination der Aktivitäten gebildet. Federführend wirkt hier das Ministerium für Soziales und Gesundheit Mecklenburg-Vorpommern. Das Ministerium hat bereits das Bundesministerium zur Umsetzung der 1. Säule des Programms (Entwicklung integrierter lokaler Strategien/lokale Aktionspläne) beraten. Die 2. Säule (Modellprojekte, Jugend, Bildung und Prävention) zielt vor allem auf Demokratieerziehung. Hier erfolgt eine 50%ige Kofinanzierung durch das Land.

Durch das Bundesprogramm erfolgt die Förderung von Beratungsnetzwerken. Das Land hat sich integriert, um gezielte Intervention für Brennpunkte zu erreichen.

Zur Einrichtung von Regionalzentren wurden Gutachten der Universitäten Greifswald und Rostock eingeholt. Die Standorte (Ludwigslust, Bad Doberan, Hansestadt Stralsund, Neubrandenburg, Anklam) waren umstritten. Für die Personalausstattung in den Regionalzentren sind jeweils 4 Mitarbeiter vorgesehen. Die Finanzierung von 3 Mitarbeitern erfolgt durch das Land, 1 Stelle trägt der Bund. Es ist jeweils 1 Demokratiepädagoge im Einsatz, der in das Lehrerfortbildungsprogramm eingebunden werden soll. Die Aufgaben der Regionalzentren sind u. a. die Kommunalberatung, Elternberatung, Einzelberatung sowie Netzwerktätigkeiten. Die Regionalzentren sollten ihre Arbeit ursprünglich zum 01.05.07 aufnehmen. Es kam jedoch zu Verschiebungen auf den 01.08.07. Einige Zentren sind erst ab 01.09.07 aktiv.

Die Trägerschaft für die Regionalzentren ist wie folgt festgelegt:

- Regionale Arbeitsstelle für Bildung, Integration und Demokratie (RAA) M-V Waren – Ludwigslust, Anklam
- Evangelische Akademie M-V Rostock – Bad Doberan, Stralsund
- Christliches Jugenddorf Waren – Neubrandenburg

Die Gesamtkoordination erfolgt per Kabinettsbeschluss vom Februar 2007 durch das Ministerium für Soziales und Gesundheit. Hinzugezogen werden hierbei auch das Ministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur für den Bereich Schulen, das Innenministerium für den Bereich Präventionsmaßnahmen und das Finanzministerium sowie Arbeitsministerium für Betriebe.

Der Prozess des Aufbaus der Regionalzentren ist wissenschaftlich zu begleiten und zu evaluieren.

In der sich anschließenden Diskussion erfolgt auf kritische Nachfragen die Erläuterung der Ausschreibungsinhalte und der Vergabekriterien.

Zur Öffentlichkeitsarbeit ist die Schaffung eines Internetportals zum Jahresende 2007 geplant. Gegenwärtig sind Informationen zu den Regionalzentren unter [www.sozial-mv.de](http://www.sozial-mv.de) eingestellt.

Es erfolgen Hinweise der Mitglieder zum Erhalt der Möglichkeit zum ehrenamtlichen Engagement und der Hinweis zur Etablierung nicht nur auf ökonomische Schwachgebiete. Als wichtig werden auch der Kontakt der neuen Träger zu bestehenden Strukturen sowie eine stärkere Verknüpfung zu Jugendhilfeträgern angesehen.

Herr Dr. Litten erklärt, dazu Gespräche vor Ort zur Situation zu führen. Die Diskussion/Kampagne für das Ehrenamt müsse wieder aufleben. Die Rahmenbedingungen dazu sind zu überdenken.

Der Vorsitzende schlägt abschließend vor, nach einem gewissen Anlaufzeitraum 1 Regionalzentrum zum Bericht über die Arbeit einzuladen.

## **TOP 6 Kinder- und Jugendberatung in Fällen häuslicher Gewalt**

Frau Trebes (Arbeiterwohlfahrt Schwerin), Frau Voss (Kinder- und Jugendberatung Rostock) und Frau Bartel (Frauen helfen Frauen e. V. Rostock) stellen das Modellprojekt „Kinder- und Jugendberatung in Fällen häuslicher Gewalt“ vor. Der Zeitraum des an die Interventionsstelle Rostock angegliederten Projektes erstreckt sich von Mai 2005 – April 2008. Die Förderung erfolgt durch die Aktion Mensch und die Deutsche Jugendmarke. Die Evaluierung erfolgt durch die Universität Rostock. Das Modellprojekt ist als eigenständige Hilfe für Kinder etabliert.

In der Darstellung mit Bezugnahme auf Kinder als Zeugen und Opfer häuslicher Gewalt wird

- auf Fallzahlen der betroffenen Kinder,
- den Interventionsverlauf,
- die Folgen der häuslichen Gewalt,
- den Prozessverlauf bei der Beratung,
- die Beratungsziele,
- die Präventions- und Fortbildungsarbeit
- die Abgrenzung zum Auftrag des Jugendamtes eingegangen.

Der Vortrag wird als Anlage zum Protokoll (Anlage 3 c) zur Verfügung gestellt.

Die Interpretation der Parallelität des Handelns der Beratungsstelle mit Bezug auf Jugendämter wirft die Frage nach der Aufgabenabgrenzung auf. Hier zeigen sich in der Diskussion Konflikte, die einen Gesprächsbedarf u. a. auch zur Koordination der Akteure aufzeigen.

Als weiterführendes Ziel ihrer Tätigkeit erklären die Mitarbeiterinnen die Fortführung der Kinder- und Jugendberatung nach erfolgreicher Modellphase flächendeckend in M-V mit Finanzierung der Landesregierung M-V.

Auf Nachfrage des Vorsitzenden zu bereits erfolgten Anfragen zu Unterstützungsmöglichkeiten wird erklärt, dass bereits Nachfragen diesbezüglich bei der Fachabteilung des Ministeriums für Soziales und Gesundheit Mecklenburg-Vorpommern, den Fraktionen des Landtages und der parlamentarischen Staatssekretärin Frau Dr. Seemann erfolgten.

Die Mitglieder des LJHA weisen auf die kommunale Selbstverwaltung und die Trägervielfalt bei diesem Beratungsangebot hin.

#### Empfehlungspapier der AG „Häusliche Gewalt“

Frau Reimer, Dezernat 20 der Abteilung Landesjugendamt des LAGuS M-V gibt eine kurze Einführung in das Papier „Kindeswohlgefährdung durch häusliche Gewalt – ein Auftrag für die Jugendhilfe“.

Am 20.08.07 fand dazu die letzte Beratung der mit der Erarbeitung befassten interdisziplinären Arbeitsgruppe statt. Das Papier wird als Empfehlung zur Unterstützung der Arbeit der Jugendämter gesehen. Es soll Impulsgeber für ein abgestimmtes Vorgehen sein. Für die dargestellte Koordination wird ein Schaubild von 2005 zugrunde gelegt.

Frau Reimer weist auch auf die bei der Kinder- und Jugendkonferenz im Juni 2007 genannten Qualitätsmerkmale zu einer wirksamen Kinder- und Jugendarbeit und die Beachtung des Datenschutzes für die vertrauliche Zusammenarbeit hin.

Eine Diskussion zum Papier ist auch auf der Herbstklausur der Jugendamtsleiter vorgesehen. Das Papier soll den zuständigen Ministerien und der parlamentarischen Staatsführung übergeben werden.

Das Empfehlungspapier wird den Mitgliedern des LJHA übergeben. Der Vorsitzende schlägt vor, nach der inhaltlichen Befassung das Papier auf der nächsten Sitzung als Empfehlung zu verabschieden.

**Pause: 12.40 – 12.50 Uhr**

**TOP 7      **Beschlussvorlagen****

**7.1            **Fachkräfteentwicklung in der Kinder- und Jugendhilfe****  
**BV 01/05/07**

Beschlussvorschlag:

1. Der LJHA beschließt die anliegenden Schlussfolgerungen und Forderungen zur Fachkräfteentwicklung in der Kinder- und Jugendhilfe.
2. Die Verwaltung des LAGUS M-V, Abt. 2, wird beauftragt, den Beschluss an folgenden Verteiler zu versenden:
  - Ministerium für Soziales und Gesundheit Mecklenburg-Vorpommern
  - Ministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur Mecklenburg-Vorpommern
  - Landtag (Präsidentin)
  - Unterausschüsse des 5. LJHA
3. Der LJHA übergibt dem Ministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur Mecklenburg-Vorpommern die Stellungnahme mit der Bitte, unter seiner Federführung eine Arbeits- und Kommunikationsstruktur zu schaffen, die ein tragfähiges Gesamtkonzept für die Aus- und Fortbildung der pädagogischen Fachkräfte in Mecklenburg-Vorpommern entwickelt und umsetzt.

Vor Beschlussfassung erfolgte Verständigung zu folgenden Änderungen in der anliegenden Stellungnahme:

Seite 1:

Zu Schlussfolgerungen und Forderungen wird der letzte Anstrich wie folgt formuliert:

- ***Erhalt einer universitären Ausbildung im Fach für Erziehungswissenschaft***

In Absatz 3 wird ... ***um dieser Situation entgegenzuwirken...*** gestrichen.

**Die Beschlussvorlage 01/05/07 wird mit den vorliegenden Änderungen zum Papier „Fachkräfteentwicklung in der Kinder- und Jugendhilfe“ mit 12 JA-Stimmen und 2 Enthaltungen angenommen.**

**7.2            **Satzung des Landesjugendamtes Mecklenburg-Vorpommern****  
**BV 02/05/07**

Im § 1 Abs. 1 und 5 wurde die Bezeichnungsänderung von *Verwaltung des Landesjugendamtes* auf *Abteilung Jugend und Familie/Landesjugendamt* vorgenommen.

Geändert wurde § 8 mit folgendem Wortlaut:

*In-Kraft-Treten, Außer-Kraft-Treten*

*Die Satzung tritt mit ihrer Verkündung in Kraft und gleichzeitig tritt die Satzung vom 12. Oktober 1993 mit Änderung vom 07. Januar 2000 außer Kraft.*  
Bisherige Fassung: Diese Satzung tritt mit sofortiger Wirkung in Kraft.

Beschlussvorschlag:

Der Landesjugendhilfeausschuss beschließt den Text der Satzung in der vorliegenden Fassung.

**Die Beschlussvorlage 02/05/07 wird einstimmig angenommen.**

**7.3            Geschäftsordnung        des            Landesjugendhilfeausschusses  
                  Mecklenburg-Vorpommern  
                  BV 03/05/07**

In den §§ 3, 4 und 11 wurde die Bezeichnungsänderung von *Verwaltung des Landesjugendamtes* auf *Abteilung Jugend und Familie/Landesjugendamt* vorgenommen.

Ergänzt wurde § 14 mit folgendem Wortlaut:

*In-Kraft-Treten, Außer-Kraft-Treten*

*Die Geschäftsordnung tritt mit Ihrer Verkündung in Kraft und gleichzeitig tritt die Geschäftsordnung vom 02. Juni 2005 außer Kraft.*

Beschlussvorschlag:

1. Der Landesjugendhilfeausschuss beschließt den Text der Geschäftsordnung in der vorliegenden Fassung.

**Die Beschlussvorlage 03/05/07 wird einstimmig angenommen.**

**TOP 8        Berichte**

**8.1            Bericht des Ministeriums für Soziales und Gesundheit**

Frau Schmidt informiert, dass Herr Gerhard Bley mit der Leitung der Abteilung 2 beauftragt wurde. Frau Dr. Kriese nimmt die Leitung der Abteilung 1 wahr. Mit dem 01.03.07 wurde ein neues Referat *Rechtsangelegenheiten der Abteilung, Kinder- und Jugendprogramm, Stärkung von Demokratie und Toleranz* gebildet. Es befindet sich im Aufbau und ist ab 01.10.07 mit 5 Mitarbeitern besetzt.

**8.2            Bericht des Vorsitzenden des LJHA**

Es wird zu folgenden Themen berichtet:

**Neue Mitglieder**

Als Vertretung für Herrn Prof. Dr. von Wensierski ist Frau Prof. Dr. Karin Bock von der Universität Rostock, Institut für allgemeine Pädagogik und Sozialarbeit benannt worden, die bereits während dieser Sitzung die Vertretung wahrnimmt.

Für Frau Dr. Kriese ist der neue Leiter der Abteilung Jugend und Familie des Sozialministeriums Herr Gerhard Bley als beratendes Mitglied berufen worden. Herr Bley nimmt heute an einer Bund-Länder-Beratung zur Verteilung der Kita-Mittel in Berlin teil.

### **Öffnungszeiten in Kindertageseinrichtungen**

In der letzten Sitzung wurde besprochen, dass das Fortbildungszentrum Schabernack zu dem Themenbereich eine Fortbildung anbieten soll. Es erfolgte Verständigung mit Schabernack darüber. In Planung ist zurzeit eine große Kita-Tagung für 2008. Zum Thema Öffnungszeiten soll ein weiteres Forum während der Tagung angeboten werden.

### **Fortschreibung Effektestudie**

Zu dem Thema wurde an den Sozialminister geschrieben und eine Antwort des Staatssekretärs erhalten. Eine Fortführung der Effektestudie in ihrer Komplexität wird nicht als sinnvoll erachtet. Geprüft werden soll jedoch, dass vorliegende Ergebnisse aus der Studie durch weitere Untersuchungen vervollständigt oder ausgebaut werden sollen.

In der gemeinsamen Sitzung mit dem Sozialausschuss des Landtags hat Herr Bley zugesagt, dass die Effektestudie fortgeschrieben werden soll.

### **Sitzung mit dem Sozialausschuss des Landtags**

Die Sitzung hat am 05.09.07 stattgefunden. Von Seiten des LJHA haben Frau Balzer, Frau Hafemann, Frau Löhr und der Vorsitzende des LJHA teilgenommen.

Nach kurzer Vorstellung der Arbeit des LJHA war der Bereich Kita zentrales Thema mit den Unterthemen

- integrative Kindergärten
- Elternbeiträge
- Qualitätsstandards
- Sprachstörungen bei Kindern
- Kürzungen im Bereich der vorschulischen Bildung
- U-Untersuchungen
- Frühwarnsysteme
- Teilzeitnutzung der Kita; Finanzierung von Ganztagsplätzen für Hartz IV-Kinder
- Fortführung der Effektestudie
- ErzieherInnenausbildung; Thema auch des Bildungsausschusses
- Fachberatung

Ein weiteres Thema war die Finanzierung der Umsetzung der landesweiten Datenbank für den Bereich der Jugendhilfe sowie der Landeshaushalt 2008/9.

## **8.3 Bericht der Verwaltung der Abt. 2 des LAGuS M-V (Landesjugendamt)**

Herr Steinsiek informiert darüber, dass die konstituierende Sitzung der Arbeitsgemeinschaft „Evaluierung des § 8 a“ stattgefunden hat. Mitglieder sind 7 Jugendämter, 2 Vertreter der LIGA und 2 Mitarbeiter der Abteilung Landesjugendamt.

Es erfolgte Verständigung zu Fragen des methodischen Herangehens. Zur Erstellung von Fragebögen wird Kontakt mit der Hochschule Neubrandenburg aufgenommen.



Als Zeitraum für die Evaluierung wird 1 Jahr festgelegt. Als schwierig wird die Themenabgrenzung in Bezug auf § 8 a angeführt.

Am 10.09.07 fand im Zentrum für Praxis und Theorie Güstrow-Schabernack die Veranstaltung „Kommunale Bildungsangebote in Bezug auf Jugendhilfeplanung“ statt.

Tagungsinhalte waren u. a.:

- Leitsätze der Schulentwicklungsplanung in M-V
- Jugendhilfeplanung und Schulentwicklungsplanung
- Standards und Thesen der Jugendhilfeplanung
- Kommunale Bildungsplanung – Herausforderung für die Jugendhilfe
- Landesinitiative Jugend- und Schulsozialarbeit in M-V

#### **8.4 Bericht der Mitglieder des LJHA**

Von den Mitgliedern des LJHA erfolgen keine Äußerungen.

Es erfolgen Arbeitsberichte der Unterausschüsse.

##### Unterausschusses Kindertagesbetreuung/Tagespflege

Frau Löhr informiert zur Befassung der Mitglieder mit:

- der Effektstudie
- der Flexibilität der Öffnungszeiten der Kita
- dem Rahmenplan zur frühkindlichen Bildung
- der Fachberatung.

##### Unterausschuss Kinder- und Jugendhilfe/Bildung

Frau Müller erklärt, dass die Fort- und Weiterbildung der Lehrer in der Schulsozialarbeit thematisiert wird. Ziel ist die Entwicklung eines Curriculums. Dazu wird auch ein Gespräch mit dem Ministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur Mecklenburg-Vorpommern zur Anerkennung angestrebt.

##### Unterausschuss Jugend- und familienpolitische Grundsatzfragen/Jugendhilfeplanung

Frau Hafemann berichtet, dass als Grundlage für die Stellungnahme zu den Auswirkungen der Föderalismusreform in Mecklenburg-Vorpommern der IST-Stand beim Bund und der Funktionalreform im Land erörtert wurde. Es wurden Punkte herausgearbeitet, die inhaltlich auszuarbeiten sind.

#### **TOP 9 Sonstiges**

##### **▪ Jugendstrafvollzugsrecht M-V**

Der Vorsitzende fragt zur weiteren Befassung mit dem Referentenentwurf zum Jugendstrafvollzugsrecht M-V nach. Das Papier sowie die Ausführungen des DVJJ zu den „Mindeststandards für den Jugendstrafvollzug“ wurden den Mitgliedern vorab zur Sitzung zugesandt. Der Landesjugendhilfeausschuss befindet sich zu dieser Angelegenheit nicht im Verteiler des Justizministeriums.

Frau Balzer erklärt, dass die Diakonie eine Stellungnahme erarbeitet hat, die sie grundlegend für eine Stellungnahme Verfügung stellen würde.

Herr Freese empfiehlt, ggf. die Stellungnahme auf wenige wichtige Paragraphen zu fokussieren.

Es erfolgt Verständigung darauf, dass Frau Balzer und Herr Freese zur nächsten Sitzung ein Votum für den LJHA vorbereiten.

▪ **Tagesordnung der 6. Sitzung des 5. LJHA**

Folgende Themen werden vorgeschlagen:

- Gespräch mit dem Sozialminister zur Familienpolitik
- Bereitstellung von Bundesmitteln für KITA
- Frühwarnsysteme
- Vollzeitpflege (einkommenssteuerrechtliche Behandlung)

Die nächste Sitzung des Landesjugendhilfeausschusses findet am 18.10.07 im Haus der kommunalen Selbstverwaltung Schwerin statt.